



Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Verliner Börse vom 3. Sept., Nachm. 2 Uhr. (Angeflossen 4 Uhr 25 Minuten.) Staatschuldscheine 90%. Prämien-Anleihe 130%. Neueste Anleihe 106 $\frac{1}{4}$. Schles. Bank-Verein 103. Oberschlesische Litt. A. 161 $\frac{1}{4}$. Oberschles. Litt. B. 145. Freiburger 138 $\frac{1}{4}$. Wilhelmsbahn 67 $\frac{1}{2}$ B. Neisse-Brieger 94 $\frac{1}{2}$. Tarnowiser 65 $\frac{1}{2}$. Wien 2 Monate 88%. Oesterl. Credit-Altien 86%. Oesterl. National-Anleihe 74 $\frac{1}{2}$. Oesterl. Lotterie-Anleihe 90%. Oesterl. Banknoten 89 $\frac{1}{2}$. Darmstädter 93%. Köln-Minden 182. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 64 $\frac{1}{2}$ B. Mainz-Ludwigshafen 129%. Italienische Anleihe 72 $\frac{1}{2}$. Genfer Credit-Altien 60. Neue Russen 91 $\frac{1}{2}$. Commandit-Antheile 101%. Russische Banknoten 93 $\frac{1}{2}$. Hamburg 2 Monat 150 $\frac{1}{2}$. London 3 Monat 6, 20 $\frac{1}{2}$. Paris 2 Monat 79 $\frac{1}{2}$. Mail.

Wien, 3. Sept. Mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Credit-Altien 192, 80. National-Anleihe —. London 111, 80.

Berlin, 3. Sept. Roggen: matt. Sept. 40 $\frac{1}{2}$, Sept.-Oktbr. 40 $\frac{1}{2}$, Okt.-Novbr. 41 $\frac{1}{2}$, Frühjahr 42 $\frac{1}{2}$. — Spiritus: fester. Sept. 16 $\frac{1}{2}$, Sept.-Okt. 16%, Okt.-Novbr. 16%, Frühjahr 16 $\frac{1}{2}$. — Mühl: matt. Okt. 12%, Frühjahr 12%.

f. Nach dem Fürstentage.

Keine Minister-Conferenzen — also lautet das Ergebnis der Schluss-Sitzung des Fürstentage.

Wir gestehen: der Kaiser Franz Joseph weiß entschlossen und kühn vorzugehen. Wir können die unter deutschen Fürsten seltene Energie nicht ableugnen, ob sie gleich gegen uns gerichtet ist, ob sie gleich unserem Staate das Pistol auf die Brust setzt. La bourse ou la vie! Unterwerfung unter die österreichische Hegemonie oder Ausschließung von Deutschland!

Der Muth ist da, scheinbar auch der Erfolg — aber nur scheinbar. Die Beschlüsse der Fürsten werden nur Resolutionen sein und bleiben, wie die Beschlüsse des Abgeordnetentages; die Ersteren werden Stoff, viel Stoff für schreiblustige Diplomaten bieten, aber sie werden für die Zukunft wirkungslos bleiben, als die Letzteren.

Bei allen Beschlüssen der Fürsten hat die constitutionelle Mitwirkung der Minister gefehlt. Die meisten Fürsten haben sich freilich von ihren Ministern des Außenrechts begleiten und jedenfalls auch berathen lassen; aber schwerlich wird es ein einzelner Minister wagen, mit seiner Person eine Handlung zu decken, die so tief in das Interesse der Staaten eingreift. Die österreichische Reform beginnt mit einem schweren Schlag auf die constitutionelle Praxis: sie überträgt die Verantwortlichkeit von den Ministern auf die Monarchen. Werden die deutschen Kammern ein so gefährliches Präcedenz stillschweigend geschehen lassen?

Die Zustimmung der Volksvertretung in den einzelnen Ländern soll nicht eingeholt, die Reformacte soll einer auf Grund derselben Acte einzuberuhende Delegirtenversammlung vorgelegt werden. Die Wahlen für die Delegirtenversammlung wären demnach schon eine Anerkennung der Reformacte — es scheint, Franz Joseph hofft, auf die Kammern ebenso sehr durch eine geschickte, überraschende Taktik wirken zu können, wie auf die Fürsten. Der Versuch wird nicht nur in Preußen vergleichlich sein. Soll aber die Reformacte octroyirt werden? Soll sie mit einem zweiten Schlag auf die constitutionellen Grundsätze in's Leben treten?

Wir würden die erörterten Bedenken für kleinlich halten, wenn außerordentliche Umstände außerordentliche Maßnahmen rechtfertigen würden. Aber weder drängen Gefahren von außen zu dictatorischen Handlungen, noch wird das österreichische Reformproject von einer hochgehenden geistigen Erregung in Deutschland getragen. Der Drang nach Einheit ist im deutschen Volke nicht eingeschlafen, die nationale Idee, vor nicht zu langer Zeit noch das alleinige Eigenthum der Gebildeten, sickert in immer tieferen Schichten und umfaßt die ganze Nation; aber die allgemeine Aufmerksamkeit des deutschen Volkes ist vorherrschend den preußischen Verfassungskämpfen zugewandt, weil die Einigung dieser Kämpfe das Fundament der deutschen Einheitsbestrebungen ist. Letztere ruhen freilich auch jetzt nicht, aber sie treten in die zweite Linie. Nun ist es freilich dem Kaiser von Österreich gelungen, durch Überraschung eine künstliche Aufregung hervorzurufen, in welcher ein Volk, gebündet durch das Unerwartete, den gewöhnlichen Maßstab der Dinge beiseite wirft und an Wunder glauben möchte; aber sobald das Feuerwerk verpufft ist, entsteigt der Rauch, und die Steine des Anstoßes liegen wieder an der alten Stelle.

Die Erleichterung erfolgte um so schneller, als die Berathungen in Frankfurt aus dem Reformprojecte nicht einen der den liberalen, d. h. fast allen Kammern anstößigen Artikel entfernten oder verbesserten; als jede Aussicht vernichtet wurde, das Reformproject könne durch Mitwirkung der Volksvertreter der Ausgangspunkt einer wirklichen Reform werden. Jetzt sind wieder alle Blicke auf Preußen gerichtet, denn wie sehr auch Preußen durch eigene oder fremde Schuld seinen deutschen Beruf vernachlässigen möge, es wird immer die Zufluchtsstätte, die Hoffnung der Nation sein. Was wird Preußen thun? fragen seine Freunde mit aufrichtiger Bekümmerung und banger Erwartung. Was wird Preußen thun! rufen unsere Gegner mit Hohn und Übermuth.

Die Absichten unserer Regierung sind mehr als je in undurchdringliches Dunkel gehüllt; die Nachrichten über die Intentionen des Herrn v. Bismarck variieren von den radikalsten Schritten in der auswärtigen Politik bis zur Verstärkung der Repressionsmaßregeln im Innern; die ministeriellen Organe widersprechen einander und sich selbst von Tag zu Tag; heute rufen sie „Vorwärts“ und schwärmen für die Volksrechte, morgen haben sie an den österreichischen Projecten nur ein wenig zu mäkeln, sind aber einer Versöhnung nicht abgeneigt.

Preußen steht am Wendepunkte: es muß sich bald entscheiden, denn die Unthätigkeit ist sein Verderben. Möge aber die Entscheidung der Regierung ausfallen, wie sie wolle — das Volk hat die Pflicht, im Sinne der Freiheit und Einigkeit unablässig zu wirken. Ohne die Regierung geht es langsam vorwärts; der Stein, wenn er hinaufgeworfen, rollt polternd hundertmal wieder zurück; aber wir werden nicht ermüden — der Mann fragt zuerst nach seiner Pflicht und dann nach dem Erfolge.

Besonders schwer wird es der Presse, ihre Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen. Die preußischen Blätter aller Farben sind einig in Zurückweisung österreichischer Annahme und Beschimpfung; den Feinden Preußens gegenüber giebt es in Preußen nur eine Partei, die preußische. Aber kämpfen mit gebundenen Händen, mit zerbrochenen Waffen, angreifen, wenn man jeden Augenblick den verhindrenden Stoß im Rücken fürchten muß: das ist unmöglich. Preußen kann in Deutschland nur vorwärts kommen im Bunde mit der öffentlichen Meinung — so sagt das Novemberprogramm König Wilhelms; die öffentliche Meinung kann nicht wirken ohne ihre Organe. Wenn

wir jetzt den Ruf nach größerer Freiheit der Presse erheben, wird uns niemand das eigene Interesse als Motiv unterschieben, sondern einzig den Wunsch, dem Vaterlande zu dienen.

Wir geben uns keinen Illusionen hin. Wenn auch der Friede im Innern hergestellt wird und unsere Regierung im Sinne der Volkspartei vorwärts geht; wenn sie, Oesterreich überbietet, einen Entwurf zur einheitlichen und freiheitlichen Gestaltung Deutschlands vorlegt, welcher die kühnsten Erwartungen übertrifft — Deutschland wäre dadurch noch lange nicht einig. Die Gegensätze müssen verschmolzen werden, und dazu gehört eine hohe Temperatur, die nur der Augenblick allgemeiner Erregung bietet. Wenn vor großen äußeren Gefahren alle Differenzen im Innern schweigen, dann, aber auch allein dann wird das Einigungswerk vollbracht werden, und dann wird es die Aufgabe eines freisinnigen Preußen sein, die deutschen Stämme um sich zu schaaren. Was jetzt geschehen kann, ist Vorbereitung — einigen wird uns erst die Noth.

Mit ihrem heil'gen Wetterschlage,
Mit Unerbittlichkeit vollbringt
Die Noth an einem einz'gen Tage,
Was kaum Jahrhunderten gelingt.

Preußen.

= Berlin, 2. Sept. [Stellung zum Fürstentage.] Der Großherzog von Baden. — Vorarbeiten für den Landtag. Man war in den hiesigen Regierungskreisen, wie seiner Zeit gemeldet worden, mit den Strömungen auf dem Fürstentage sehr vertraut und über die eigentlichen Absichten des Reformprojekts so klar, daß die schlägliche Ablehnung der Minister-Conferenzen hier nicht im Mindesten überrascht hat. Man vernimmt übrigens, daß die Bevölkerung solcher Conferenzen von Seiten Preußens zweifelhaft und von Bedingungen abhängig gemacht war, welche man von der anderen Seite wohl schwerlich erfüllt haben würde. Es liegt auf der Hand, daß der noch einmal pro forma gewünschte Anschluß Preußens an die Beschlüsse des frankfurter Fürstentages mit Protest zurückgewiesen werden wird. — Die Haltung des Großherzogs von Baden bildet hier an einflußreichem Orte den Gegenstand lebhafter Erörterungen; ich erfahre von sehr kundiger Seite, daß man keinen Grund hat, die Stellung dieses verehrten Fürsten auf irgend welche persönliche Motive oder Rücksichten zu beziehen, daß die Haltung des Großherzogs auf dem Fürstentage lediglich sich gefügt habe auf constitutionelle Forderungen und den consequenten Hinweis auf die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes. Ich muß es dahingestellt sein lassen, wie weit es richtig ist, daß darüber Eröffnungen hierher übermittelt worden sind; soviel aber steht fest, daß man sich in Bezug auf diese dissentirende Stimme gegen Oesterreich keinen Illusionen hingeben und sie mit derjenigen Mecklenburgs und Anderer in Vergleich bringen kann. — Heut gingen hier die Wogen des öffentlichen Lebens ziemlich hoch. Während des durch die Herbstübungen veranlaßten militärischen Treibens in den Vormittagsstunden fand im auswärtigen Amt ein Ministerrat statt, nach dessen Beendigung die Minister in corpore zu Sr. Majestät dem Könige zogen, unter dessen Vorsitz eine Consilzung stattfand. Vor dem Palais umstanden viele Neugierige die Wagen der Minister, und das Gerücht bemächtigte sich sofort aller Möglichkeiten, welche sich auf die Berathung beziehen konnten und bald als feststehende Thatsachen den Weg in weitere Kreise fanden. Bald sollte es sich um die deutsche Frage, bald um Auflösung des Abgeordnetenhauses handeln. Es bleibe dahingestellt, wie viel daran wahr ist. — Sonst wurden um diese Jahreszeit schon Vorbereitungen für den Landtag getroffen, heuer ist man lediglich mit dem Budget beschäftigt. In weitem Hintergrunde schimmert eine Kreisordnung und andere Gesetze communalen Inhalts, allein sie sind noch ganz im Entstehen begriffen, es sind Vorarbeiten, mit denen man in allen Ministerialressorts beschäftigt ist.

[Zur Zollfrage.] Wie der „Rh.- u. R.-Ztg.“ geschrieben wird, haben zwischen den österreichischen und den Ministern der Mittelstaaten wiederholte Besprechungen über die Zollfrage stattgefunden, und ganz in der Stille wurden Dinge verhandelt, welche entscheidend sind für die materiellen Lebensinteressen, für die Bedingungen der Culturentwicklung der Nation. Ob dabei das Bewußtsein mach geworden ist, daß die materiellen Interessen, welche durch die Zollfrage unmittelbar berührt werden, nicht so fügsam nach der jedesmaligen politischen Tendenz der Machthaber sich kneien lassen, wie weiches Wachs, wissen wir nicht, jedenfalls ist die Handelspolitik in den bisherigen österreichisch-würzburgischen Bestrebungen als die geduldige Handlangerin der augenblicklichen politischen Tendenz betrachtet worden; jedoch wird sich fragen, ob da die materiellen Interessen des deutschen Volkes sich ebenso geduldig werden nach Belieben zurechnen lassen. Über die Erfolge der Verhandlungen verlautet nichts Bestimmtes. Wir erwähnen nur, daß der „Rh.- u. R.-Ztg.“ gemeldete Gerücht, daß ein österreichisch-süddeutscher Zollbund so gut als gesichert sei. Sicher ist davon nur, daß ein einmütiges Zusammenwirken Oesterreichs und Baierns in der handelspolitischen Frage stattfindet. Die Bemühungen haben sich jedenfalls zunächst auf die Bevölkerung der münchener Sonderconferenz bezogen. In dieser Beziehung wurde ein Erfolg nach Wien an die „Presse“ telegraphiert, wonach Hannover sich bereit erklärt haben sollte, auf dieser Sonderconferenz zu erscheinen. Die halböffentliche „N. Hann. Ztg.“ enthält jedoch ein indirektes Dementi dieser Nachricht in folgender Notiz:

Verschiedene Blätter beschäftigen sich wieder mehrfach mit der Stellung Hannovers in der handelspolitischen Frage der Gegenwart und behaupten namentlich, daß diesbezüglich bestimmte neuere Entwicklungen in Betracht der Bevölkerung der verschiedenen in Aussicht genommenen Conferenzen gefaßt seien. Wir haben von solchen Entwicklungen nichts vernommen und glauben daran, daß die Stellung unserer Regierung unverändert die mehrfach dargelegte (das heißt doch wohl die abwartende) geblieben ist.

Hagen, 31. August. [Bürger-Versammlung.] In Folge der Nichtbestätigung unseres Bürgermeisters von Seiten der Regierung in Arnsberg, hatte man eine Bürgerversammlung auf Sonntag anberaumt. Aufgrund der Aufforderungen in den Lokalblättern, auch von Seiten der Gegner des jetzigen Bürgermeisters, war dieselbe sehr zahlreich besucht. Bekanntlich hatte die Regierung die Wahl für ungültig erklärt, weil ihr von einer Gebaltserhöhung, vor der Wahl, keine Anzeige gemacht worden sei. Die gestrige Versammlung wählte ein Comite mit dem Auftrage: bei dem Ministerium Beschwerde zu führen, die Regierung zu erfüllen, den mit dem 1. d. M. aus dem Amt schiedenden Bürgermeister provisorisch in seiner Stellung zu lassen, und unsere Stadtverordneten von den Beschlüssen der Versammlung in Kenntnis zu setzen und zu constatiren, daß sie im

Sinne der Bürgerschaft gehandelt hätten. Bei der geheimen Abstimmung durch Stimmzettel erklärten sich von mehr als 300 Abstimmenden 3 als nicht einverstanden mit den Beschlüssen. Der beste Beweis für die allgemeine Beliebtheit unseres jetzigen Bürgermeisters. (Rh. Ztg.)

Thorn, 1. September. [Verhaftungen.] Gestern und vor gestern wurden hier drei Geschäftsmänner, welche sich vorzugsweise mit dem Transport von Frachtgütern beschäftigen, verhaftet und nach Bromberg abgeschickt. Sie stehen unter dem Verdacht, Waffen nach Polen befördert zu haben. Im Ganzen befinden sich nunmehr 5 hiesige Geschäftsmänner in gerichtlicher Untersuchung wegen Verleihung des Waffen-Ausfuhrverbots nach Polen. Betreffs des Sensenauführerverbots soll jetzt eine mildere Praxis verordnet werden sein. Auf den hiesigen Handel mit diesem Artikel nach Polen läßt sich hieron keine sonderliche Wirkung mehr erwarten, da auch jenseits der Grenze die Ernte bedeutet ist. (Danz. Ztg.)

Deutschland.

Baden, 31. August. [Vergebliche Hoffnung.] Die österreichischen Bundesreformpläne haben die früher so sehr gesunken Hoffnungen unserer Ultramontanen und politischen Reactionäre wieder frisch belebt. Die Häupter derselben, die nach Frankfurt gepilgert waren, haben von dort sichere Zuversicht auf demnächstige große Erfolge mitgebracht. Man traut sich mit der stolzen Hoffnung, daß unter den jetzigen Auspicien bei den unzweifelhaft glänzenden Resultaten der österreichischen Politik, dem jetzigen Regimente in Baden, sammt Fortschritts-Zeitung, Nationalverein, Parlament und Roggenbach ernsthaft zu Leibe gegangen werden müsse, und daß in politischer, religiöser und merkantiler Beziehung lediglich die Anschauungsweisen Geltung behalten werden, wie solche allenfalls in dem Programm der weitest zurückbleibenden Reformvereine anzutreffen sind. Namentlich bereitet sich in kleineren Kreisen eine systematische Agitation gegen das zu erwartende Schulgesetz vor, wiewohl dasselbe weit entfernt ist, daß System der Communalschulen zwangsläufig einführen zu wollen, vielmehr das Bestreben der Communalschulen der Vereinbarung der verschiedenen Confessionenmeinden — nicht einmal der politischen Gemeinde — überlassen will. (N. F. Ztg.)

[„Friedrich von Baden.“] Unter dieser Überschrift bringt die „Elb. Ztg.“ einen Leitartikel, welcher an die auch von uns gebrachte Erklärung der „Karls. Ztg.“ über die Stellung des Großherzogs zu dem österreichischen Reformprojekte anknüpft, und in dem es heißt:

Wir wissen also jetzt genau und zuverlässig, was Großherzog Friedrich wollte, und damit auch zugleich, was die anderen Fürsten nicht wollten. Es muß als eine höchst wichtige und diesen Fürsten Friedrich ungemein ehrende Thatsache constatirt werden, daß er in diesem Fürstentag die Fahne der Freiheit und Einheit, wie solche das deutsche Volk versteht, mit Entschiedenheit und Entschlossenheit hochgehalten hat. Alle die widerlichen Verleumdungen, von denen seit einigen Tagen die österreichischen Organe strohen, sind durch obige offizielle Erklärung zu Boden geschlagen. Er, der Großherzog Friedrich, war der einzige wahrhaft und wirklich freisinnige Fürst in jener frankfurter Versammlung. Immerhin mögen die Großherzöge von Oldenburg und Weimar auch liberale Ansichten ausgesprochen haben; sie sind beide wohlwollende Regenten; aber mit der Entschlossenheit und Bestimmtheit, wie Großherzog Friedrich traut nicht er seit dem frankfurter Fürstentag das Banner des Freiheits. Kein deutsches Land kann sich mit den Fortschritten des Großherzogtums Baden unter der Regentschaft des Großherzogs Friedrich entfernt messen. In der Gerichtsverfassung, der Verwaltung, dem Notariat, dem Amtsgericht, dem Prozeßrecht, dem Strafrecht und im Schulwesen sind höchst hilfreiche Maßregeln ins Leben getreten, von denen viele deutsche Staaten noch recht viel lernen können. Milde Polizeigesetze werden in humaner Weise gehandhabt. Der so lange schwelende Conflict mit dem römischen Stuhle ist im Sinne echter Freiheit und im Geiste der heutigen Bildungsstufe des deutschen Volkes geschildert. Und auch in der deutschen Frage hat man schon vor dem Fürstentag von Seiten Bayerns einmal echt deutsche und wirklich freisinnige Worte vernommen. Die legislativen Körper gehen mit der Regierung hinsichtlich aller volkstümlichen und gemeinnützlichen Maßregeln hand in hand, und hier zeigt sich das wahrläufig seltsame Schauspiel, daß die erste Kammer sogar die zweite an Freiheit übertrifft. — Das ablehnende Verhalten dieses in der That liberalen Fürsten, der von ganz vortrefflichen Rathgebern, die sowohl durch ihre patriotische Gesinnung, wie ihre großen Kenntnisse sich auszeichnen, umgeben ist, dieses Fürsten, der in Frankfurt nicht für die Interessen seiner Dynastie thätig war, sondern die Interessen des deutschen Volkes mannhaft vertrat, fällt daher sehr schwer ins Gewicht.

Heidelberg, 30. August. [Die Astronomie.] welche in den letzten Tagen hier beisammen waren und denen sich auch Männer aus außerdeutschen Ländern, z. B. aus Russland, zugesellt hatten, haben sich zu einem Vereine constituit; im Ganzen waren etwa vierzig anwesend. Die namhaftesten Persönlichkeiten hierunter waren: Staatsrat v. Mäder aus Düsseldorf, Argelander aus Bonn, Oppolzer aus Wien, Bockwitz aus Warschau, Baßkow aus Moskau. (Nach Beendigung der Astronomie werden die Congreß der Augenärzte beginnen.)

München, 30. Aug. [Zoll-Sonderbund.] — Keine Zustimmung zum österreichischen Reformprojekte. — Die Bevollmächtigten derjenigen Zollvereins-Regierungen, welche in der Handelsvertrags- und Zollvereinsfrage mit der bairischen Regierung übereinstimmen, werden, dem „Nürn. Correspond.“ zufolge bis gegen Mitte September zu einer Berathung hier zusammen treten. Es wird sich hierbei wohl um Verständigung wegen eines übereinstimmenden Verfahrens in Betreff der nach Berlin berufenen Zollkonferenz handeln. — Der „Weser-Zeitung“ schreibt man von hier unter obigem Datum: Die pfälzer Abgeordneten (von den Mitgliedern der Fortschrittspartei war wegen des Abgeordnetentages in Frankfurt keines zugegen) sind sehr aufgebracht über die Art und Weise, wie die österreichisch gesetzten Blätter die neuliche vom ersten Präsidienten veranlaßte Demonstration zu Gunsten der österreichischen Reformvorstellungen ausbeuteten. Sie lassen durch ihre Organe, „Pfälzer Courier“ und „Neue Frankf. Ztg.“, erklären, daß sie keineswegs den von Graf Hegenberg entwickelten Motiven zugeschworen, sondern nur in das Hoch auf die nach Einigung strebenden deutschen Fürsten eingetimmt hätten. Sie sind zu dieser Erklärung vollkommen berechtigt, denn abgesehen davon, daß die ganze Demonstration eine Ueberrumpelung war, kann niemand in ihr, wie einige Zeitungen gelhan, eine Zustimmung zu den österreichischen Reformvorstellungen erkennen. Dieselben würden, so großdeutsch unsere Kammer auch sein mag, keineswegs ihre einstimmige Billigung finden, sowohl die Fortschrittspartei als die Fraktion der Pfälzer würde manches an ihnen zu tadeln haben, manches anders wünschen. Interessant ist der von der letztern gestellte Antrag auf eine politische Amnestie. Diese wird verlangt für alle politischen Vergehen und Verbrechen, welche im Jahre 1849 befußt der Einführung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung begangen oder verücht sind und die nicht bereits durch das Gesetz vom 22. Dezember 1849 straflos erklärt worden sind. In

den Motiven zu dem Antrage, der übrigens auch von den Mitgliedern der Fortschrittspartei unterzeichnet ist, wird am Schluß hervorgehoben, daß die mit Freuden aufgenommenen Einheitsbestrebungen der deutschen Fürsten nur dann den unentbehrlichen Stempel des entschiednen Willens aufgebracht erhalten würden, wenn dieselben frühere Versuche auf diesem Gebiete mit jener Humanität und Nachsicht gewürdigt haben würden, welche die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe erheischt. Der Antrag wird schwierlich die Majorität in der Kammer finden, denn Herr v. Lerchenfeld ist dagegen und derselbe lehnt, so traurig dies auch ist, noch immer die Majorität der Kammer, wenn auch nur eine kleine, gegen frühere Zeiten bedeutend geschwächte. Doch ist das Verhalten der Kammermajorität dem Antrage gegenüber ziemlich gleichgültig, da die Regierung prinzipiell gegen eine allgemeine politische Amnestie ist, und was die Regierung einmal nicht will, das thut sie nicht, mag auch die Kammer einstimmig das Gegenteil beschließen. Dieser Satz bedarf wohl keines weiteren Beweises.

De sterreich.

Wien, 2. September. [Prinz Karl von Preußen.] — Die Bundesinspektion. — Zum Empfange des Kaisers. — Aus Galizien.] Se. königl. hoh. Prinz Karl reiste heute Abend in Begleitung des Erzb. Albrecht und zahlreicher Generale nach Felixdorf ab, um daselbst einer Production mit einer Batterie gezogenen Kanonen beizuwöhnen und kehrt Nachmittag wieder zurück. Mit Rücksicht auf die am 4. erfolgende Ankunft des Kaisers hat das Programm der Bundesinspektion eine Änderung erlitten und findet der Brückenschlag in Klosterneuburg über die Donau (in einer Länge von 600 Metern) schon morgen statt. — Prinz Karl verläßt Wien erst Sonnabend und wird daher den Kaiser noch in Wien begrüßen. Wie ich erfahre, wird Se. Maj. unmittelbar nach seiner Ankunft in der Habsburg den Prinzen empfangen. — Auf Wunsch des Prinzen, der hier sehr viele Etablissements — unter andern Herrn Korn's Atelier, den Volksgarten usw. besuchte, findet morgen im Karltheater eine Reprise der Offenbach'schen „Seufzerbrücke“ statt, der sämtliche Mitglieder der Bundesinspektion beiwohnen werden. — Sowohl über das Manöver der im Lager bei Bruck versammelten Truppen, als über die Leistungen der Genietruppen sprechen sich Se. königl. hoh. in der schmeichelhaftesten Weise aus. — Die Vorarbeiten für den festlichen Empfang des Kaisers werden in großartiger Weise betrieben. Die Mariä-Hilfer-Straße ist bereits heute in eine Fahnenallee umgewandelt, überall Dekorationen, Teppiche, Triumphbögen, Laubgewinde und schwatzgelbe und schwarz-roth-goldene Fahnen. — Briefe aus Galizien von verlässlicher Seite melden von neuen, riesigen Anstrengungen der extremen Partei und zahlreichen Verhaftungen. Man befürchtet, die Regierung werde stärker ernste Maßregeln ergreifen.

Wien, 2. Sept. [Berichtigung.] Die offiziöse „Gen.-Corr.“ schreibt: Berliner und pariser Blätter insinuieren, über die Fürsteneinkleidung und das Reformprojekt sei früher an den französischen als an den preußischen Hof eine Mitteilung geleitet worden. Aus eigenem Antriebe hat bereits die „Presse“ in ihrem gestrigen Abendblatt diesen Irrthum berichtet, zu welchem sie selbst unwillkürlich Veranlassung gegeben hat. Wir unsererseits können die Berichtigung, welche die „Presse“ gebracht hat, positiv mit dem Zufase bestätigen, daß die Circularnote an die deutschen Höfe zur Begleitung der Einladung Sr. Maj. des Kaisers an die deutschen Fürsten (vom 31. Juli) von Wien am 4. August datirt abgegangen, während die Depesche an den Fürsten Metternich, wodurch dem französischen Hof über den geschehenen Schritt Mitteilung gemacht wurde, vom 5. datirt ist und an demselben Tage abgeschickt wurde. Auch eine mündliche Mitteilung an die französische wie überhaupt die auswärtige Diplomatie hat nicht früher stattgefunden, als am Tage nach der Rückkehr Sr. Majestät aus Gastein. Was nun gar die angebliche Mitteilung des Reformprojekts anbelangt, so ist einfach zu bemerken, daß eine solche nach keiner Seite hin vor dem frankfurter Tage erfolgt ist.

Italien.

Turin, 29. August. [Der Jahrestag von Aspromonte] sollte nach der ursprünglichen Absicht der extremen Parteien mit Demonstrationen gefeiert werden. Man ist jedoch von dem Plane zurückgekommen, „weil dieser Tag zu anderem Entschließen auffordere, als zu bloßen Straßen-Demonstrationen“, wie die demokratische Gesellschaft in Florenz erklärt hat. Aber auch ohne Demonstrationen liegen jedem Italiener die traurigen Erfolge der turiner Politik im Laufe des letzten Jahres vor Augen. Als damals Garibaldi das Volk zum Zuge gegen Rom unter die Waffen rief und alsdann auf französischen Befehl die von der Welt gerichtete That von Aspromonte diesem Zuge ein Ende mache, da war es das Versprechen der schnellen und friedlichen Erwerbung Roms, mit dem man das Volk zu beschwichtigen wußte. Garibaldi's Blut sollte der Kaufpreis für Italiens Hauptstadt sein. Jetzt ist ein Jahr verflossen und die Franzosen schützen noch nach wie vor die dem Zeitgeist verfallene päpstliche Regierung; die italienischen Minister wagen es kaum noch, leise und zuweilen ihre in Paris verhönten Ansprüche auf Rom zur Sprache zu bringen. Vor Aspromonte hatte Napoleon heiße Versprechungen, nachher nur noch ernste Drohungen für das junge Italien. Jetzt endlich ist es so weit gekommen, daß eine französisch-österreichische Allianz den fernen Bestand des Reichs auch nur in seiner gegenwärtigen verkrüppelten Form in Frage stellt. Ehemal jubelte das wenigstens in Gedanken einige Italiener dem Befreier zu, heute erhebt sich, von einer mächtigen klerikalischen Ligue unterstützt, in allen Provinzen das drohende Geprust der Reaction. Damals verschwanden im Neapolitanischen die Brigantenbanden wie

durch Zauber vor den herannahenden Schritten eines kleinen Freiheitsheeres, jetzt reichen 80,000 Mann unter einem berühmten General nicht hin, um das Land von der Pestbeule des Brigantaggio zu befreien. Was ein bloßer Freiheitstrug damals bewirkte, will man jetzt nach Hunderten unsäglicher Füssel und durch ein Decret erreichen, welches in dem halben Erbkönigreich Neapel die Constitution aufhebt und das Land unter eine russische Militärfürschaft stellt. Dieses gestern erschienene Decret, welches nicht weniger als elf Provinzen in einen schlimmen als den Kriegszustand erklärt, ist die ministerielle Jahrestagfeier von Aspromonte. Kein Wunder, wenn bei solchen Erfolgen der italienischen Politik so mancher zu der Überzeugung kam, daß von Turin kein Heil zu erwarten sei. Die Actionspartei, und leider gerade der extremste mazzinistische Theil derselben, hat in den letzten Monaten unendlich viel Anhänger gewonnen. Die Partei konnte weder bei Aspromonte noch durch die Auflösung aller liberalen Vereine vernichtet werden; sie wurde nur vorübergehend gesprengt und steht jetzt reorganisiert und drohender als je wieder auf dem Kampfplatz. An die Stelle der öffentlichen Vereine sind die geheimen Verbündungen getreten, und wenn nicht bald ein Wechsel der italienischen Politik die Lage ändert, so werden gefährliche Convulsionen binnen Kurzem das kaum gebildete, auch von außen bedrohte Reich erschüttern. (D. A. 3.)

[Garibaldi.] Der Doctor Albanese hat, bevor er Caprera verließ, an den Professor Zanetti einen langen Brief über den Zustand Garibaldis geschrieben. Hierach hat der Gelenkheumatismus, an dem Garibaldi seit mehreren Monaten gelitten, die Heilung der Wunde verzögert. Nachdem dieser Rheumatismus aber durch Douchen und andere Mittel vertrieben, ist die Heilung sofort eingetreten. Garibaldi ist im Stande, sich aufrecht zu halten und ohne Stütze einige Schritte zu gehen; für gewöhnlich bedient er sich aber der Krücke oder wenigstens eines Stockes. Die Gelenkbewegungen nach vorwärts kann der Kranke mit befriedigender Leichtigkeit ausführen, dagegen ist eine Bewegung nach der Seite hin noch unmöglich.

[Curiosum.] In einer dem neapolitanischen Bandenführer Crocco gehörigen Patrontasche, die derselbe in einem Walde, aus welchem er von den italienischen Truppen vertrieben wurde, im Stiche ließ, hat sich folgender Brief gefunden, den wir als Curiosum mittheilen:

Sehr geehrter Herr General! Nach herzlicher Umarmung melde ich Ihnen hiermit Nachstehendes: Die Sache, welche wir alle vertheidigen zu Gunsten unseres erlauchten Königs Franz II., den Gott behüten möge, ist bereits von Seiten der Westmächte entschieden und unser Fürst als König beider Sicilien anerkannt worden. Der Grund, weshalb wir ihn noch nicht hier ankommen gesehen haben, ist der, daß man auf die Niederlage Napoleons in Mexico und die Revolution des Volkes in Frankreich wartet. Seien Sie deshalb gutes Muthes, weil, wenn sich unter anderen Zeichen etwas zu unsern Gunsten ereignet, ich Sie von Neapel aus von Allem in Kenntniß seien werde. Ich reise ab, aber mit Gottes Hilfe nach Neapel, sonst hätte ich es für meine Pflicht erachtet, Sie zu umarmen und mich mindlich mit Ihnen zu unterhalten. Mittlerweile können Sie frei über mich und mein Haus in Neapel verfügen. Fürchten Sie nichts; denn fort sind die wahren Männer und Freunde. Ich bin Ihr Befehle gewärtig und verbleibe, indem ich Sie umarme und ans Herz drücke. Ihr Diener Actano Clemente.

Der Verfasser dieses Schreibens, ein bourbonischer Spion, ist, dem Bernehmen nach, in Neapel verhaftet und im Gefängnisse der Vicaria in Gewahrsam gebracht worden.

Schweiz.

Bern, 30. August. [Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.] Aus dem Canton Aargau geht uns die erfreuliche Nachricht zu, daß der dortige Große Rath, der auf den 27. d. M. zur Anhörung der Anträge des Regierungsrathes in der Judenfrage einberufen worden war, sich in seiner zweiten Sitzung mit der überraschenden Mehrheit von 89 gegen 64 Stimmen für diese Anträge entschieden hat. Demnach sind die aargauer Israeliten von nun an den übrigen schweizerischen Bürgern in der Ausübung der politischen Rechte gleichgestellt. Was die Frage ihrer Einbürgерung betrifft, so fand der Große Rath in Übereinstimmung mit dem Regierungsrath, daß das eidgenössische Heimatkloß-Gesetz hier nicht anwendbar sei, hat aber den letzten zu Unterhandlungen mit dem Bundesrath über diese Angelegenheit ermächtigt.

Frankreich.

* **Paris,** 31. Aug. [Abermals ein offiziöser Artikel über Russland und Preußen.] „La France“ enthält heute einen langen Artikel unter der Überschrift: „Eine politische Umwälzung“, welcher mit den Worten:

„Wenn die Angabe, welche unsere Correspondenzen aus Russland und Deutschland uns gestern überbracht haben, sich bestätigen, so würden sie in der Politik der Cabinets in Petersburg und Berlin eine Umwälzung bedeuten, welche einer ernsten Beachtung würdig wäre. Im Grunde genommen hat die neue Haltung, welche man Russland und Preußen lehrt, nichts Unwahrscheinliches, wenn man die Lage dieser beiden Mächte in Rücksicht zieht. Was Russland anbetrifft, so wäre es nichts weiter, als Logik und Vernunft, wenn es den Weg freiunmöglich Ideen und Institutionen aufrichtig betrachte. In der Mitte der unermüdlichen Bewegung, welche die modernen Gesellschaften nach der weisen Praxis des Freiheit hinkriegt, kann sich kein Staat in den autoratischen Theorien isolieren und unberührbar machen. Der Kaiser Alexander hat durch die Emancipation der Leibeigenen eine Ära des politischen Fortschritts eingeweiht, die notwendig unter irgend einer Form zu dem Repräsentativsystem führt, welches jetzt ganz Europa beherrscht. Wenn die Souveräne nicht selbst zur rechten Zeit eine friedliche Nacht des 4. August zu machen verstehen, so machen sie die Völker früher oder später selbst, aber alsdann in einer gewaltshamen, ungeordneten Art. Russland ist für freie Institutionen reif und vermittelst derselben wird es sich den anderen europäischen Staaten mit einer neuen Kraft anschließen. Andererseits die Initiative der Reformation ergriffen, die zu Gunsten Polens zu erfüllen es durch seine früheren Zusagen verpflichtet ist, diejenem ungünstlichen Lande seine Autonomie zurückzugeben, den gerechten Beschwerden des polnischen Volkes durch die versprochene Freiheit abzuhelfen; den Nationalstaat durch eine vollständige Amnestie

entwaffnen, den berechtigten Forderungen der Großmächte gerecht werden, würde nicht blos Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sondern auch eine eben so geschierte wie eines Souveräns wie Alexander II. und eines Landes wie Russland würdig Politik sein.“

Die „France“ geht dann auf Preußen über und sagt: „Was Preußen betrifft, so begreift man, daß das, was sich in Deutschland ereignet, seinen Staatsmännern zur Warnung gebietet hat. Österreich hat den Augenblick ergriffen, wo seine Politik ihm die Souveränität und vielleicht die Völker verschaffen könnte, um seinen alten Traum der vorherrschenden Macht des Hauses Habsburg in dem deutschen Bunde zu verwirklichen, indem es den berliner Hof erniedrigt und eine Art von deutschem Sonderbund errichten wollte, der bestimmt war, in den Händen des Kaisers ein gegen alle Gegner im Innern und nach außen gerichtetes Schwert zu sein. Preußen hat seit einiger Zeit das an Popularität verloren, was Österreich gewonnen hat. Seinen ewigen Nebenbuhler gegenüber weniger stark, muß es die geeigneten Mittel suchen, sein früheres Übergewicht wieder herzustellen. Der Vermittler einer befriedigenden Beilegung der polnischen Angelegenheiten zu sein und sich auf die Dankbarkeit Russlands und die sympathischen Beziehungen mit Frankreich zu stützen, ist in der Ordnung der Ideen eine Politik, welche dem berliner Kaiser würdig erscheinen kann, ergriffen zu werden.“

Im weiteren Verlauf des Artikels kommt dann die „France“ auf die Stellung der anderen Mächte, besonders Frankreichs, zu sprechen, das durch keinen persönlichen Ehrgeiz geleitet, in der polnischen Frage nur das Ziel der Ordnung und des allgemeinen Gleichgewichts im Auge habe. Frankreich stehe zu Russland in ganz andern Verhältnissen als England und Österreich, mit deren Politik Russland leicht zusammenstoßen könne. Der Artikel schließt mit den Worten:

„Wenn die Initiative Russlands in Folge des preußischen Einflusses den europäischen Mächten die Genugthungen und Bürgschaften, die sie fordern und die zu verlangen sie das Recht haben, gäbe, so seien wir nicht einwesentlich man sich dazu nicht Glück wünschen sollte. Wer möchte wohl den allgemeinen Frieden zurückweisen, wenn er durch dieses Mittel gesichert würde?“

Paris, 31. Aug. [Gerücht.] Zu den liebenswürdigen Eigenschaften einiger Politiker gehört bekanntlich die Neigung, die europäischen Mächte wie Schachfiguren zu behandeln, die man je nach den Vorgängen des Augenblicks bald in dem einen, bald in dem anderen Sinne ziemlich willkürlich gruppirt. Die Art von Verstimmung, die in dem gegenwärtigen Moment gegen Österreich herrscht, hat als neueste Combination das Gericht einer Allianz zwischen Frankreich, Russland, Preußen und — wunderlich genug — auch Italien entstehen lassen, von welchem wahrscheinlich bald in hiesigen Blättern und Correspondenzen viel die Rede sein wird. Von gewissen russischen Anerbietungen hatte bekanntlich schon vor einigen Tagen etwas verlautet. Sie werden indessen alle jene Gerüchte mit gebotener Vorsicht behandeln wollen. Die Beziehungen der Staaten zu einander werden nicht über Nacht verändert, und die Verunsichertheit zwischen Frankreich und England hat schon andere Schwierigkeiten, als die jetzt etwa vorhandenen, überdauert. England nimmt ohnehin, wie schon gemeldet, das österreichische Reform-Project keineswegs mit unbedingter Billigung hin. Die zweifelhafte Natur jener Allianz-Gerüchte geht am klarsten daraus hervor, daß man auch Italien als den Bierten im Bunde figuriren läßt, einfach deswegen, weil auch Italien das Vorgehen Österreichs nicht ohne Sorge betrachtet. Das man in Wien oder doch in hiesigen österreichischen Kreisen ein französisch-russisches Bündnis fürchtet, ist begreiflich. Man vermutet leicht bei den Anderen, wessen man sich, so weit es sich wenigstens um oft gegebte Wünsche handelt, in der eigenen Gedankenwelt bewußt ist. Das „Mémorial diplomatique“ sollte doch aber selbst den Schein guter Information, welchen es so gern annimmt, nicht geradezu compromittieren, indem es die kurze Anwesenheit des Fürsten zu Hohenzollern in Paris mit den bezeichneten phantastischen Allianz-Projekten in allerlei mysteriösen Wendungen in Verbindung bringt. Ihren Lesern ist schon bekannt, daß der Fürst zu Hohenzollern keine politische Mission für den Kaiser hatte. Auch die heute in hiesigen Kreisen aufgetauchte Version, die ihm von dem Kaiser wichtige politische Aufträge mitgeben läßt, ist augenscheinlich keine Conjectur. Was endlich die Unterredungen des Grafen v. d. Goltz mit Herrn Drouyn de Lhuys in den letzten Tagen betrifft, so dürften sich dieselben, wie man allgemein glaubt, mehr auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit, als auf die deutsche Frage bezogen haben, in welcher man hier von preußischer Seite augenscheinlich keine Mittheilungen zu machen hat. (K. 3.)

[Die polnische Frage. — Ministerrath. — Kaiserin. — Mexico. — Bäckereikasse.] Hier glaubt man jetzt allgemein, daß, wenn Russland einfach den Polen eine Verfassung giebt, die französische Regierung sich zufrieden erklären wird. Daß man in Petersburg diesen Weg vorschlagen und in Paris darauf eingegangen, gilt für Thatache. Der frankfurter Fürstentag scheint das Seinige zu dieser Lösung beigetragen zu haben. Heute war Ministerrath in St. Cloud. Der Kaiser prahlte demselben. Die Noten werden nun wahrscheinlich gar nicht veröffentlicht; sie haben auch alle Bedeutung verloren. — Die Kaiserin (also nicht, wie der Telegraph meldete, der Kaiser) ist heute nach Biarritz abgereist. — Trotz der trefflichen Berichte des Marshalls Forey scheint die Lage in Mexico eine höchst schwierige zu sein. Alle Privatberichte stimmen darin überein, daß überall da, wo die französischen Soldaten nicht sind, alles aus Rand und Band gehe; daß Land sei von Guerilla haufen bedeckt, der Bomito herrliche in den niederen Regionen, während in den mittleren die Regengüsse den Marsch der Truppen unmöglich machen. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ein kaiserliches Dekret, durch welches die Bäckereikasse, die durch den Entwurf des Herrn Rouher aufgehoben schien, wieder ins Leben gerufen wird. Es wird zu Gunsten dieser Kasse eine Steuer auf Brodt, Getreide und Mehl eingeführt, damit dieselbe immer im Stande sei, den Preis des

waltung in Wien. Er huldigte dem streng aristokratischen System, er glaubte vor Allem den Thron nicht stützen, sondern auch dessen Machtfülle auf Kosten des Volkes vergrößern zu müssen. Überlegungen Geistes, stand der Kaiser in seiner Hand. Metternich berührte unumschränkt, und gewandt, wie er war, verstand er es, Napoleon von der unerschütterlichen Unabhängigkeit Österreichs zu überzeugen.“

„In diese Zeit des Spiels der Intrigen fiel die heldenkühne That des Generals Dörr, der auf eigene Hand den Bund mit Frankreich löste und sich den Russen anschloß. Wie sehr gelegen kam die Nachricht von dieser Feindseligkeit dem Fürsten Metternich! Er nahm abermals Veranlassung, den französischen Gefandten wissen zu lassen, wie sehr Österreich Preußen ablehne, sich von Frankreich loszusagen.“ „Was Russland betreffe, sagte Metternich, so könne es eines Angriffs von Österreich und zwar mit allen militärischen Kräften, über die man verfügen könne, gewarnt sein. Wolle aber Napoleon mit England unterhandeln, so erscheine es am passendsten, dies durch Österreichs Vermittelung zu thun.“

„Aber so schlau sich Metternich zu verstehen wußte, einer war doch noch schlauer und durchschaute ihn, der Kaiser Napoleon“ u. s. f.

Auch dieses Werk Bierznaki's bedarf keiner besonderen Empfehlung; seine Trefflichkeit wird ihm von selbst Verbreitung schaffen; besonders die reisende Jugend wird diese Darstellung der Befreiungskriege mit großem Interesse lesen. — Breslau, am 50ten Jahrestage der Schlacht an der Raszbach.

F. D.

Von der Etsch, 24. August, schreibt man: „Eine blutige That sekte heute Stadt und Land ringsum in Aufregung. Der wegen seiner besonders heiteren Laune allgemein bekannte und beliebte Wirth und Bad-Zubauer auf der Töll, nebenbei ein passionirter und glücklicher Jäger, war heut auf die Jagd gegangen und hatte dazu auch seinen Bruder und Herrn Dr. Anton Buch von Meran eingeladen. Gegen Mittag von der Jagd zurückgekehrt, brachten sie ihre geladenen Gewehre in der Kammer des Wirthes hinter einem

Theater.

(Mittwoch, 2. Sept.) Die angekündigte Vorstellung der „Stummen von Portici“ konnte wegen eines eingetretenen Krankheitsfalles nicht stattfinden. Es wurde „der arische Brunnen“ gegeben, und die gelungene Aufführung verließ das Publikum in die heiterste Laune. — Mit glänzendem Erfolge debütierten an demselben Abend zwei neue Tänzerinnen: Fräulein Fanny und Flora Waldburg. Die von ihnen eben so grazios als kostümvoll ausgeführten Tänze fanden den allgemeinsten Beifall und das Publikum beeindruckte die Tänzerinnen mit wiederholtem Hervorruf.

M. K.

Jubelschrift. — Deutsche Befreiungskriege, 1813, 1814 und 1815, der Jugend gewidmet von Karl Bierznaki. Mit 4 Stahlstichen. Verlag von Schmidt u. Spring in Stuttgart. Ein mäßiger Band von 17 Bogen gr. 8., in compressem aber sehr schönem Druck. Schon in der ersten Hälfte des laufenden Jahres, des ersten der Jubeljahre der vor einem halben Jahrhundert über Napoleon I. errungenen Siege sind der Jubelschriften für Einzelheiten, wie für das gesamte Werk der Befreiung nicht wenige erschienen und die vorliegende Schrift von Bierznaki nimmt sicher unter den für die Jugend bestimmten Jubelgaben einen vorzüglichen Platz ein; denn sie schildert den blutigen, aber glorreichen Kampf der vereinten Kraft gegen den übermächtigen und übermuthigen Erbauer so wohl in einfacher, als sehr würdevoller Darstellung. Ein warmer Hauch patriotischer Begeisterung durchweht dieselbe; die hervorragendsten Thaten und Persönlichkeiten treten in den Vordergrund. Daneben aber finden die zum rechten Verständnis überall Verstärkung an gehöriger Stelle, und Zahlen und Namen sind mit solchen Ebenmaße angebracht, daß sie durchaus nicht tönen, das bei der großen Häufung der vorhandenen Menge von Orthographie-, Personen-, Truppen- wie Geschäftsn.

Brot unter 50 Centimes per Kilogramm zu halten, resp. den Bäckern Zusätze zu leisten, wenn sie das Brot zeitweise hierfür nicht liefern könnten.

[Eine österreichische Stimme über Schleswig-Holstein.] Die fortwährenden gehässigen Insinuationen des „Memorial diplomatique“ gegen Preußen und namentlich seine früheren Bestrebungen in Sachen der Bundes-Reform verdienten, wenn sie nicht eben direkt gegen bestimmte Persönlichkeiten gerichtet sind, keine Erwähnung. Was indessen dem Publikum zur Würdigung nicht blos des genannten Blattes, sondern der österreichischen Politik deren Organ der Ritter Debrau ja ist, vorgetragen zu werden verdient, ist die Darstellung des schleswig-holsteinischen Conflicts durch denselben. Nachdem der Text der letzten Antwort Halls mitgetheilt, und namentlich das Bündnis der scandinavischen Staaten für den Fall einer Üeberreichtheit der Eider hervorgehoben worden, kündigt Debrau an, daß Holstein nicht befiegt werde, weil der König von Dänemark durch seine den Großmäden gegenüber bewiesene Nachgiebigkeit, weil „er das Project eines bewaffneten Widerstandes aufgegeben habe“, diese zu einem Druck auf die deutschen Kabinete veranlaßt habe. Diese Art und Weise, das Recht des deutschen Bundes, innerhalb seiner Grenzen vorzugehen, von dem guten Willen der auswärtigen Mächte abhängig zu machen, ist eine vorzügliche Illustration zu den deutschen Reformbestrebungen Österreichs. (B. A. 3.)

Großbritannien.

London, 31. August. [Die Rückkehr der Königin] aus Deutschland ist auf den 10. September angefest. Auf jeden Fall begibt sie sich vorerst nach Windsor. Wie lange sie aber daselbst verweilen wird, ist noch unbestimmt. Keineswegs länger als wenige Tage, da es jetzt entschieden ist, daß Ihre Majestät noch einige Wochen in Balmoral zubringen wird. Der Herzog von Cambridge gedenkt ungefähr um die Mitte des kommenden Monats nach Deutschland zurückzufahren.

Rußland.

[Eine Constitution.] Wir gerathen aus einer Ueberraschung in die andere, schreibt die „Europe“. Eine Verfassung, eine wahre Verfassung wird in diesem Augenblick im Rathe des Zaren aller Russen verabschieden. Nach diesem Project würde die Regierung Rußlands herabsteigen von ihrer autokratischen Höhe, und indem sie constitutionell wird, würde sie sich der Controle zweier Kammer unterwerfen, von denen die eine, der Senat, aus 300 auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern bestehen und die andre 45 (?) 400 aus Volkswahl hervorgegangene Abgeordnete zählen würde. Das ist gut, aber es kommt noch besser. Unabhängig von der Centralvertretung würden die Provinzen der Monarchie besondere Vertretungen erhalten. So würde das Königreich Polen einen Landtag bekommen, der in Warschau säße und eine vollständige innere Selbstverwaltung haben würde, und außerdem würde es Vertreter in die Kammer der Abgeordneten senden. Dasselbe würde mit Finnland und anderen dem russischen Scepter unterworfenen Ländern der Fall sein. Dieselbe Nachricht bringt die „France“ und fügt hinzu: Dieser Entwurf soll von der Hofpartei sehr stark befämpft werden, weil diese dadurch eine Verminderung ihres Einflusses erfahren würde.

Unruhen in Polen.

△ Von der russisch-polnischen Grenze, 1. Septbr. [Die angeblichen Niederlagen der Polen.] Was die russischen Niederlagen der Polen im Lublinschen betrifft, so sind die russischen Nachrichten ungewöhnlich stark übertrieben. Allerdings wurde Rukki am 24. in der Gegend von Chelm besiegt, umzingelt und mit seinem Corps gefangen; allein die polnische Hauptmacht unter Krut stand damals weiter südlich in der Gegend von Janow, wo auch Lelewel sein neues, aus einzelnen oder partienweise aus Galizien übergetretenen und erst jenseits bewaffneten Leuten gebildetes Corps von 800 Mann formte. Dort kam es erst am 29. zum Kampf, der für die Polen nicht ungünstig ausgefallen sein soll. Auch der russische Sieg bei Wirs (am 23. v. Mts.) wird in den offiziellen Bulletins sehr übertrieben; seine Richtigkeit hat es aber mit diesem Siege, der darum wichtig ist, weil dadurch die Corps von Cwick, Eminowicz, Ruszkowski und Gromeka gefangen wurden, wieder aus dem Sandomirischen über die Weichsel ins Lublinsche zurückzuweichen. Uebrigens bestätigt es sich, daß diese Corps beim Landvolke im Sandomirischen eine freundliche Aufnahme fanden.

Von der polnischen Grenze wird der „Lemb. Ztg.“ unter dem d. M. berichtet: „Zu Ulica wurden im Laufe der vergangenen Woche 30 junge Leute gewaltsam für die Insurrection ausgehoben. Die Insurgenten fahndeten daselbst auf einen Juden, welcher einen russischen Adler, den sie von einem Hause herabgerissen, wieder an dasselbe befestigt hatte. Da er nicht zu Hause gefunden wurde, so schleiften sie seine Frau an einem Strick um den Hals herum, um von ihr das Geständniß zu erpressen, wo ihr Mann verborgen sei. Erst nachdem man sich überzeugt hatte, daß er verreist sei, ließ man die von Todesangst Gefolterte wieder los.“

** Aus Wilna wird dem „Gas“ geschrieben: Vor einigen Tagen wurden in der Stadt Wilno die Gutsverwalter Woldatz und Zapasnik wegen Theilnahme an Aufständen gehängt; ihr Grundherr Graf Edward Czapski ist nach Kowno gebracht. An Stelle der abgesetzten, gefänglich eingezogenen und zum Theil heimlich entfernten Marschälle hat Murawieff neu ernannt, und zwar für Wilna: den Gr. Stephan Blater, für Troc: Heinrich Bieliniski, für Dzwmianst: Adamowicz, einen Tartar, ferner Konstantin Seitz, General Swalinski, Jantowski und Xavier Dongallo. Mehrere Gutsbesitzer wurden nach Sibirien abgeführt; unter den neuesten Deportirten befindet sich der Dr. Lubiczantowski, der mit Frau und Kindern nach dem Kub. Olonez verwiesen ist. Neuerlich wurden der Redakteur Glinski, der Kaufmann Gruszkowski, ein Apotheker und zwei Beamte verhaftet.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 1. Septbr. Der montenegrinische Senator Mata-novic ist hier auf der Durchreise nach Rußland eingetroffen. Derselbe hat

Besuche bei der Pforte und den Gesandtschaften gemacht, um ihnen die Angelegenheiten seines Landes zu empfehlen. — Sir Henry Bulwer unternahm einen mehrtägigen Ausflug nach dem Marmoremeer. — Die Georgs-Kanalfrage wird bei der Pforte berathen. (Tel.)

Provinzial-Bericht.

Zweiter schlesischer Städetag.

Brieg, 1. September. Am 31. August wurde der zweite schlesische Städetag im großen Saale des Schauspielhauses, welcher mit Blumenfestons und Draperien in den schlesischen Farben geschmückt war, unter dem Text der letzten Antwort Halls mitgetheilt, und namentlich das Bündnis der scandinavischen Staaten für den Fall einer Üeberreichtheit der Eider hervorgehoben worden, kündigt Debrau an, daß Holstein nicht befiegt werde, weil der König von Dänemark durch seine den Großmäden gegenüber bewiesene Nachgiebigkeit, weil „er das Project eines bewaffneten Widerstandes aufgegeben habe“, diese zu einem Druck auf die deutschen Kabinete veranlaßt habe. Diese Art und Weise, das Recht des deutschen Bundes, innerhalb seiner Grenzen vorzugehen, von dem guten Willen der auswärtigen Mächte abhängig zu machen, ist eine vorzügliche Illustration zu den deutschen Reformbestrebungen Österreichs. (B. A. 3.)

Der am ersten Städteitag zu Görlitz gewählte Präsident des Vorstandes, Oberbürgermeister Sattig von daher, eröffnete die Versammlung mit einer Anrede, wonin er für den herzlichen Empfang der Gäste den Briegern dankte, die Bedeutung und Wirksamkeit des Städteages schilderte und die Arbeit mit dem patriotischen Rufe: Ein Lebewohl Sr. Maj. dem Könige! begann, worin die Versammlung dreimal einstimmte.

Demnächst wurde die Tagesordnung mit dem Berichte über die bisherige Wirksamkeit des Städteages begonnen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage des Vorstandes zu, demselben die Unterhandlung mit dem Dr. Stolp wegen des Kostenpunktes für die Aufnahme der Städteagsverhandlungen in dessen „Gemeindezeitung“ zu überlassen, und wegen Beibehaltung der stenographischen Berichte zu beschließen. Es sind zwei Stenographen aus Breslau zur Niederschriftung der Verhandlungen hier angewandt.

Nach dem Vorschlage des Vorstandes wird eine Petitions-Kommission zur Berathung der eingehenden Petitionen und Anträge aus den nun Mitgliedern der Versammlung: Bürgermeister und Syndicus Verndt aus Glogau, Stadtverordneten-Vorsteher und Apotheker Sommerbrodt aus Schweidnitz, Stadtverordneten und Rechts-Anwalt von Brittwitz hier, Beigeordneter und Rechts-Anwalt Wienshausen aus Oppeln, Stadtverordneten und Apotheker Dr. Polek aus Neisse, Stadtverordneten-Vorsteher v. Rabenau aus Görlitz, Stadtverordneten Dr. jur. Friedländer aus Beuthen OS., Stadtverordneten-Vorsteher und Hauptmann a. D. Beyer aus Liegnitz und Bürgermeister Stuschke aus Glaz durch Acclamation gewählt. Dieser Kommission wurden ein Antrag des Stadtverordneten-Vorsteher Werner zu Brieg, betreffend die Abänderung der Städte-Ordnung wegen der Zwangspflicht der Bürger zur Annahme von städtischen Amtmännern und später noch eine zweite Petition des Bürgermeister Friedrich aus Strehlen überwiesen, betreffend die Errichtung der Vorpannosten.

Der Vorsitzende theilte mit, daß der Städtetag nach der Annahme der königlichen Regierung als ein politischer Verein dem Vereinsgeiste unterliege und daher zwei Mitglieder des brieger Magistrats die polizeiliche Überwachung abwechselnd ausüben.

Der Vorstand überreichte die gelegte und calculatorisch geprüfte Rechnung nebst Belegen der auf seinen Antrag von der Versammlung gewählten Kommission, bestehend aus dem Stadtrath Makdorff von Brieg, Bürgermeister Fritze von Rohnit und Stadtverordneten-Vorsteher Kaufmann Trautwein von Bernstadt. Als zur Wahl eines neuen Vorstandes gefürt werden sollte, schlägt Sommerbrodt vor, denselben Vorstand beizubehalten, weil dasselbe einen Städtetag noch nicht geleitet habe. Auf Vorschlag des Vorstehenden Sattig und dessen Stellvertreters, Bürgermeisters Dr. Riedel von Brieg, wird der § 6 des Statuts dahin geändert: Der Magistrats-Direktor des künftigen Vorortes tritt dem Vorstande hinzu. Der Vorstand fungirt vom Schluß des einen Städteages bis zum anderen.

Der Vorstand, dessen Vorsteher der Oberbürgermeister Sattig aus Görlitz, dessen Stellvertreter der Bürgermeister Dr. Riedel zu Brieg und dessen übrige vier Mitglieder die Oberbürgermeister Glubrecht aus Schweidnitz und Böck aus Liegnitz, der Stadtrath und Kämmerer Lauritsch aus Görlitz und der Bürgermeister Rauthe aus Striegau sind, wird durch Acclamation um Beibehaltung seiner Funktion für den 2. Städtetag erluft und nimmt dies an. Weil der Stadtrath Becker*) nur den ersten Tag hier verweilen kann, wird die Nr. 8 der Tagesordnung: ob Abschaffung der Mahl- und Schlachtfeste und Ersatz durch die Klassensteuer sich empfiehlt? davorangemommen und dieselbe erstattet einen umständlichen Bericht, dem er einen zweiten, des Kämmerers Weltos aus Hirszberg, darüber folgen läßt, und worin eine sorgfältige Zusammenstellung und Vergleichung über das Sonst, als noch die Schlachtfeste und Mahlsteuer erhoben, und das Jezt, nachdem seit 1855 die Klassensteuer dort eingeführt worden, gegeben wurde, welche der Bürgermeister Vogt aus Hirszberg als thatächlich richtig und sachgemäß bestätigte. Der Referent ist für die Beibehaltung der Mahl- und Schlachtfeste in den 15 schlesischen Städten, in denen sie noch erhoben wird, will deren Abschaffung dem Wunde und Bedürfnisse jeder Stadtgemeinde befehren anheimgegeben wissen und spricht gegen die allgemeine Einführung der Klassensteuer, obwohl er nicht bestreitet, daß nach theoretischen Gründzägen die Einführung einer allgemeinen gleichmäßigen Besteuerung wünschenswert sei. Für das Votum des Referenten traten als Redner auf: der Hauptmann und Stadtverordneten-Vorsteher Beyer aus Liegnitz, Kämmerer Henzig aus Sagan, Oberbürgermeister Glubrecht aus Schweidnitz, Stadtrath Lauritsch aus Görlitz und Bürgermeister Dr. Riedel von Brieg und Stadtverordneten-Vorsteher Dauz aus Sagan. Dagegen spricht und stellt einen motirten Antrag auf Einführung der Klassensteuer in allen Städten der Bürgermeister Rauthe aus Striegau. Ihm stimmen bei der Bürgermeister Schilke aus Bunzlau und der Beigeordnete Maehel aus Leobschütz, welcher befußt Abmildung des Gewichts der dafür oder dagegen stimmden Vertreter von Klassensteuerpflichtigen und andererseits der mahl- und schlachtfesteuerpflichtigen Städte die namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wird jedoch nicht hinreichend unterstützt, sondern der Antrag des Referenten Becker mit einem Zusatzantrage des Dr. Riedel mit größter Majorität dahin angenommen: der Städtetag wolle anerkennen und aussprechen, daß zwar nach theoretischen Gründzägen die Abschaffung der Mahl- und Schlachtfeste und die Einführung einer gleichmäßigen directen Steuer gerechtfertigt, daß aber bei der übergroßen Schwierigkeit der Aufbringung der höheren Communallasten in den mahl- und schlachtfesteuerpflichtigen Städten die Beibehaltung der Mahl- und Schlachtfeste zu empfehlen sei.

Über den vierten Gegenstand der Tagesordnung, die Berathung über die beabsichtigte Errichtung der Wittwen-Verpflegungsanstalt für Kommunalbeamte und Lehrer, erstattet, nachdem Dr. Riedel den Vorort übernommen, der Oberbürgermeister Sattig einen umfangreichen Bericht über die bisherigen vergeblichen Bemühungen, diese dringendst wünschenswerthe und nothwendige Anstalt ins Leben zu rufen. Der Magistrat der Stadt Breslau hat die Verwaltung dieser Wittwen-Pensionstafte für immer abgelehnt, es sollen daher, wegen der Lage dieser Städte in der Mitte Schlesiens, die Magistrate der Städte Schweidnitz, Liegnitz oder Brieg um Übernahme dieser Kassenverwaltung angegangen werden, sobald nach dem Vorschlage des Referenten und Vorstandes die statistischen Ermittelungen darüber

*) Aus Breslau war nur ein Mitglied der städtischen Behörden bei dem Städteag anwesend. D. Ned.

der rauchenden Ueberbleibsel ungeheure Mengen von ersticken und halb gebratenen Rebäubern und Kaninchen gefunden. Das Holz von St. Adrien, welches mit seinem dichten Geftzapp zahlreichen Heeren von Wölfen und Wildschweinen als unverlässlicher Zufluchtsort diente, ist in einigen Stunden völlig verbrannt worden und diese wilden Thiere, vom panischen Schreden gezeigt verbreiteten sich nach allen Seiten in die Ebene, um der schrecklichen Gefahr zu entkommen, die sie aus ihren Verstecken geschleudert hatte. Man weiß noch nicht, ob der herrliche Wald von Überne, welcher grächtenthalts aus tausendjährigen Eichen besteht, mit zu Grunde gegangen ist. Man hofft, daß er dem großen Unglück entgangen ist wegen der Feuchtigkeit seines Bodens, welcher mit einem dichten Geftzapp des im südlischen Frankreich so häufig vorkommenden Arbutus Unedo bewachsen ist. Dieser immergrüne Strauch hat vielleicht die herrlichen großen Bäume geschützt, welche dem alten Kloster angehörten. Man veranschlagt annäherungsweise den angerichteten Schaden auf mehrere Millionen.

Mme. Schmitt, die Schwester des Thierbändigers Hermann in Paris, welche sich weigert, in den Käfig des Eisbären zu gehen, hat auch ihren Prozeß gegen den Director des Hippodrome gewonnen. Sie ist nicht verpflichtet, bei dem Eisbären Besuch zu machen, und erhält, weil der Director ihr abschlägt, den mit ihr geschlossenen Contract zu erfüllen, 4000 Franks. Der Advokat, der gegen die Dame plädierte, rächte sich dadurch, daß er den Eisbären als das zahmste, gutmütigste Thier darstellte. Er sei wie ein Hammel; man müsse ihn durch heimliches Streicheln etwas in Aufregung bringen, wenn Hermann zu ihm in den Käfig gehe, damit das Publikum glaube, er sei ein gefährliches Thier; Hermann stehe auf dem besten Fuße zu dem Eisbären, er rachte, ohne sich um ihn zu kümmern, seine Cigarre im Käfig zu. Auch der Prozeß über die allzudichten Waden der Satica ist entschieden. Sie erhielt nämlich nach einigen Proben plötzlich ihre Entlassung vom Director des Gaîté-Theaters. Sie sei „impossible“

angestellt sein werden, welche Kommunen, Beamten und Lehrer dieser Wittwen-Pensionstafte als Theilnehmer betreten wollen, und sobald das Statut von der königl. Regierung genehmigt wird.

Nachdem als Redner dafür Glubrecht, Böck, der Stadtverordnete Buchhändler Pietsch aus Neustadt D.-S. und der Stadtverordnete Fabriktheißer Holländer aus Leobschütz und keiner dagegen gesprochen hatte, wurde der Antrag Holländer's:

Bei der Staats-Regierung für die Abschaffung der Kabinets-Ordre vom Februar 1837 zu petitionieren, monach dem Kommunalbeamten und Lehrern die Aufnahme in die allgemeine Wittwen-Pensionstafte versagt ist, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, dagegen die Notwendigkeit und Schleunigkeit der projectirten Wittwen-Pensionstafte, mit vorläufiger Ausschließung der Waisen-Unterstützungen, anerkannt und der Vorstand mit Ausführung seiner und des Referenten obenwähnt Vorläufige beauftragt.

Bei Nr. 5 der Tagesordnung übernahm Ober-Bürgermeister Sattig wieder den Vorort. Ueber die Beibehaltung der Einzugsges. Bürgerrechts- und Einkaufsgelder referierte der Ober-Bürgermeister Glubrecht überall mit Antrag auf Bejahung, weil das Einzugsgeld das anzurennende Prinzip der Freiheit nicht verleihe und den letzten, wenn auch nicht unschlägbaren Schutz gegen unwillkommene Personen (lose und lästige Criminellen) und wohl auch einen kleinen Ersatz für die eintretenden Verluste biete.

Ueber diesen Punkt entwickelt sich eine scharfe und langwierige Discussion. Für die Abschaffung des Einzugsgeldes sprachen aus Gründen der Freiheit und Humanität und der Heranziehung von Arbeitskräften Kreisgerichtsrath Müller, Curator einer hiesigen Stiftung, und die Stadtverordneten Rechtsanwalt Schneider von hier und Brauereibetrieb Nölter aus Ohlau. Für die Beibehaltung des Einzugsgeldes sprechen aus praktischer Erfahrung und materiellen Nützlichkeitsrücksichten der Bürgermeister und Syndicus Verndt aus Glogau, Rauthe und Dr. Riedel, letzter noch anführend, daß das Einzugsgeld doch Schutz gegen den allzu starken Andrang der Armen-Bewohner vom Lande leiste. — Das Amendement Verndt:

daß der Städteag die Beibehaltung des Einzugsgeldes zur Zeit für ge

rechtfertigt anerkennen möge,

wird abgelehnt und der Antrag des Referenten auf Beibehaltung des Einzugsgeldes mit großer Majorität angenommen; desgleichen die Anträge auf Beibehaltung der Bürgerrechts- und Einkaufsgelder ohne jede Discussion in Anerkennung dessen, daß das Bürgerrechts- und Einkaufsgeld für die Erwerbung und Ausübung der Bürgerrechte und das Einkaufsgeld für die Theilnahme an besonderen Gemeindenungen gegeben wird. Hiermit wurde die Sitzung vom 31. August gegen 2 Uhr geschlossen.

Am 1. September nach 9 Uhr wurde die Sitzung vom Vorsitzenden Sattig eröffnet. Die Theilnehmerzahl ist eine geringere als in der gestrigen Sitzung. Protocollführer Rautha verließ das Protocoll über die gestrige Sitzung, zu dem nur Sommerbrodt einen kleinen Zusatz in Betreff seines Antrages für Beibehaltung des Vorstandes macht.

Der Vorstand schlägt vor, daß die Petitions-Kommission Vorschläge für die Wahl des nächsten Vorstandes mache und Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung berücksichtige.

Die Versammlung tritt dem bei.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung (Nr. 6) sind die fünf Abänderungs- und Zusatz-Resolutionen des Referenten Stadtrath Nitschke von Brieg zur Armenges.-Novelle vom 21. Mai 1855.

Vorsitzender Dr. Riedel eröffnet, da eine General-Discussion nicht verlangt wird, die Special-Discussion über die fünf Resolutionen. Dieselben werden nach langen und umfangreichen Discussionen für und wider und mit einigen Zuläufen angenommen und sodann der Schlufsantrag des Referenten nach den von Verndt zu Alina 1 und von Glubrecht zu Alina 2 be- antragten Änderungen dahin angenommen:

- 1) der Städteag erkennt das Bedürfnis zur Abänderung der Novelle vom 21. Mai 1855 (in Betreff der Armenpflege) an und
- 2) will befußt der bestehenden (Armen-)Gesetzgebung die Resolutionen dem königl. Ministerium zur Kenntnissnahme unterbreiten.

Nachdem der Oberbürgermeister Sattig den Vorort wieder übernommen, erstattete der Oberbürgermeister Böck über Nr. 7 der Tagesordnung, nämlich über die Einquartirungslast der städtischen Hausbesitzer und die Anerkennung ihrer Last als Staatslast, einen sehr in die Sache eingehenden Bericht.

Beigeordneter Justizrat Wienshausen aus Oppeln tritt als Mitglied der Petitions-Kommission ein Petition des Bürgermeister Friedrich aus Brieg vor. — An der Debatte beteiligen sich der Bürgermeister Birk aus Kosel, welcher einen Antrag auf besondere Berücksichtigung der Hausbesitzer in den Festungen stellt, welcher aber abgelehnt wird, Rauthe, Sommerbrodt, Glubrecht, Dr. Riedel, welcher als Beitrag zu der thatächlichen Motivierung der Anträge des Referenten eine Zusammenstellung der 1859 die Hausbesitzer Brieg's betroffenen Einquartirungslasten und der dafür nach Abzug der Sennisaufgütung noch verausgabten Kosten von über 15,000 Thalern vorlegte. Der Vorsitzende trägt noch einen Abänderungs-Vorschlag des Vorstandes vor, und es wird unter Annahme desselben und des Antrages des Petenten Friedrich von der Versammlung mit der allergrößten Majorität beschlossen: Der Städteag erkennt die Einquartirungs- so wie Militär-Vorpannlast als eine Staatslast an, daß eine gesetzliche Regulirung derselben nothwendig und wünschenswert sei, daß den Bequartern und Vorpannleistern eine den Zeit- und Lokal-Verhältnissen und Wohnfußsägen jedes Ortes entsprechende Vergütung aus der Staatskasse gewährt werde. Welche Ausführung diesem Beschlusse zu geben, auch darüber erheben sich Debatten zwischen Sattig, Böck, Verndt, Dr. Riedel und v. Brittwitz. Ueber des Letzteren Antrag, eine allgemeine Petition zur Benutzung für alle Städte vom Referenten entworfen und diese den ersten zugeben zu lassen, geht man auf den Antrag Verndt's zur Tagesordnung über. Sattig, Böck und Dr. Riedel's Vorschlä

über jene materiellen Unzulänglichkeiten die frohe, geistig hochangeregte Stimmung hinweg, deren sich die Cafelinen in aller Wärme und Herzlichkeit hingaben. Sang und Klang tönte dazwischen und Trintspruch auf Trinkspruch hallte bald ernst, bald und der Ueberzahl nach fröhlich durch den weiten hellen Saal des Schützenhauses. Nach dem Essen wurden Rundgänge nach den öffentlichen Gebäuden und Anstalten der Stadt unternommen, und wir hörten besonders von den überragenden Feuerwehr-Uebungen in der königl. Strafanstalt, welche dieselben den Freunden zu Ehren angezeigt hatte, viel des Rühmens. Während schon am Sonntag Abend das Vorfeier-Concert im Bergel recht befriedigt hatte, bildete gestern Abend das große Gesangfest des Männergesang-Vereins in Binner's Garten einen wirklichen Glanzpunkt dessen, was Brieg den werthen Männern aus den schlesischen Schwesterstädten zu bieten vermochte. Dazu kam die wirklich schöne Erleuchtung des Gartens nebst recht hübschen Feuerwerksproben, und wie der milde, volle Mond ein wahrhaftes Laublicht über Alles ausgoss, wie die reinen, bald sanften, bald rauhenden Klänge der Musik unter dem leisen Bogem unseres neuen Stadt-Kapellmeisters über die große, an buntem und reizendem Schmuck der Frauen und Mädchen reiche Versammlung dahinstuhlen, erichten Alles wie der glühende Traum einer lauen, lichtbeglänzten Sommernacht. Unsere lieben Gaestfreunde aber waren in liebenswürdigem Behagen mit uns des Genusses froh und hielten tapfer und lange aus. — Während der ganzen Dauer des Städtetages hat der als Meister bewährte Kunstgärtner Langer im Spohn'schen Saale eine reizende Ausstellung von Blumen und Pflanzen veranstaltet, die sicher schon mit vieler Begeisterung besucht worden ist. — Heute, Dienstag, spät am Abend kehrte eben Alles in fröhlichster Stimmung zurück von der Feisfahrt, die den Gästen zu Ehren auf den „Berg“ in Louthenthal veranstaltet worden ist. (Oderblatt.)

Breslau, 3. September. [Tagesbericht.]

[Sitzung der Stadtverordneten.] Stellvertreter der Vorsteher: Herr Stadtrath a. D. Ludewig. Ein Antrag, das ehemalige Zollhäuschen auf der Breitenstraße an das Hospital für alte, hilflose Dienstboten zu verkaufen, wird dem Magistrat zur Besichtigung und zur Rückäußerung darüber, ob das Häuschen etwa für städtische Zwecke noch nutzbar und, eventuell für welchen Preis es zu verkaufen sei? — überwiesen.

Der Magistrat übersendet abschriftlich die allerhöchste Cabinetsordre d. d. Gastein vom 27. Juli d. J., in welcher Se. Maj. der König die Bestätigung der Wahl des Hrn. Reg.-Rath. Hobrecht zum Ober-Bürgermeister von Breslau, und zwar vom 16. Sept. d. J. ab, für die Dauer von 12 Jahren, so wie die Berechtigung, den Titel Ober-Bürgermeister zu führen, ausspricht — endlich das Anschreiben der kgl. Regierung. In dem Anschreiben des Magistrats wird das Collegium aufgefordert, aus seiner Mitte 4 Mitglieder zu deputiren, um sich mit der betreffenden Commission des Magistrats über Anordnung der Feierlichkeiten zu einigen, welche bei Einführung des neuen Herrn Ober-Bürgermeisters veranstaltet werden sollen. Der Termin dieser Einführung wird von dem Ober-Präsidium festgestellt. Die Versammlung bestimmt, daß ihr Vorstand autorisiert sei, die Verabredungen in Betreff der Feierlichkeiten mit dem Magistrat zu treffen.

Da in Betreff der Persönlichkeit, welche zum dirigirenden Arzt für unser Allerheiligen-Hospital von dem Magistrat bestimmt worden war, Differenzen mit der Stadtverordneten-Versammlung sich entwickelt hatten, war eine gemischte Commission zur Ausgleichung derselben gewählt worden. Diese hatte sich in ihrer Majorität für den Beschluss der Stadtverordneten erklärt; auch ein anderer vermittelnder Vorschlag hatte nicht die Majorität erlangt. Der Magistrat erklärte hierauf in seiner Sitzung den Vermittelungs-Versuch für gescheitert und suchte, da er bei seiner ursprünglichen Meinung und Wahl beharrte, die Entscheidung der Regierung nach. Diese erklärte sich in einem Schreiben vom 1. Sept. für Aufrechthaltung der Wahl (also zu Gunsten des Magistrats) und der Magistrat zeigt dies in einem Schreiben vom 2. September der Versammlung an, so wie daß er unverweilt zur Ausführung des Beschlusses schreiten werde. — Die Versammlung erkannte an, daß in Verfolgung dieser Angelegenheit der ordnungsmäßige Gang nicht eingehalten worden sei (die Sache müßte nämlich nach der Städteordnung nach Einholung des Gutachtens der gemischten Commission nochmals an die Stadtverordneten gelangen) und verwies die Angelegenheit an die Wahl- und Verfassungs-Commission zur Begutachtung; gleichzeitig aber soll der Magistrat ersucht werden: von der Ausführung des Wahlbeschlusses einzuweilen noch Abstand zu nehmen.

A. [Professor H. Müddel] in Düsseldorf, der talentvolle Verfertiger des Altarbildes, welches seit einigen Tagen unsere Domkirche ziert, und worüber wir bereits in der Dienstag-Nummer berichteten, arbeitet gegenwärtig an einem neuen, die heilige Barbara darstellenden Kunstwerk, welches ebenfalls vom hiesigen Domkapitel bestellt wurde. Ueberhaupt werden die alten unlustigen Bilder nach und nach durch neue, wertvollere ergänzt, und unsere einheimischen genialen Künstler, Professor Schall und Hamacher haben sich durch ihre Altargemälde in obengenannter Kirche in den Hedsig- und Schutzheiligenappelle große Verdienste erworben. Um so mehr freut es uns berichten zu können, daß Professor H. Müddel in Düsseldorf ebenfalls ein geborner Breslauer ist, und viele ältere Personen werden sich auf seinen Vater, den vor vielen Jahren verstorbenen, am Friedrichsgymnasium angestellten Magister Müddel zu erinnern wissen.

k. [Benefiz.] Kommenden Sonnabend, den 5. d. M., findet das Benefiz des strebamen und tüchtigen Musikkärritors Überwein statt. Zur Aufführung kommt die preisgekrönte Carnavalsposse: „Breslau heut und in hundert Jahren, oder: Ein Narrenraum“ von Genée, Musik componirt und arrangirt vom Beneficiaten. Das Stück ist bereits an mehreren Bühnen mit Erfolg aufgeführt und hier mit großem Fleiß einstudirt worden. Die Hauptrollen befinden sich in den Händen der beliebten Komödien-Freytag und Baade. Frau Friedler, die beliebte Soubrette, wird im 1. Acte als Einlage ein großer Walzer-Mond von Gumbert vortragen, im 2. Acte vom Corps de Ballet ein Kampftspiel und am Schlüsse von Herrn Siems ein Polonaisen-Tanz aufgeführt werden. Das Orchester wird für diesen Abend verstärkt und der Chor durch einen biefigen Gesangverein unterstützt werden. Es stehen demnach mancherlei Genüsse in Aussicht und ist zu wünschen, daß der Beneficiat in einem vollen Hause Belohnung für seine Mühen finde.

— [Ressourcenleben.] Kaum ist die Zeit der Frühlingskonzerte und der Gartenfeste vorüber, und schon denkt man daran, welche Amusements der Herbst und der Winter bringen sollen. Gestern wurden den Mitgliedern der „constitutionellen Ressource im Weißgarten“ eine interessante Überraschung geboten. Der Vorstand hatte den russischen Hofkünstler Herrn Mohnhaupt engagirt, welcher die Gesellschaft durch eine Reihe magischer Productionen unterhielt. Gleich die erste Nummer erregte allgemeine Heiterkeit und Begeisterung; die Verwandlung der Plantagenfrüchte ging nicht bloss mit erstaunlicher Schnelligkeit vor sich, sondern ließ auch die vorzüglichsten Getränke, so daß bald kräftiger Mocca, bald süßliche Milch usw. kredenzt wurde. Aber das gelungene der Vorstellung war das Experiment mit dem Hute, aus welchem der Künstler statt des Döbblerschen Sträuschen, eine Garnitur bunter Ballons mit brennenden Kerzen hervorzauberte. Nächstdem wäre noch das gläserne Factotum, die Turteltaube als geh. Agent und die wunderbare Kristall-Cassette hervorzuheben. Die Productionen wurden um so beifälliger aufgenommen, als der begleitende Vortrag klar und ansprechend ist.

* [Schlesische Provinzialblätter.] Das soeben erschienene siebente Heft enthält: 1) Schlesiens Mundarten. Von Arvin. 2) Das gesunde und frische Schlesien: 1. Zuständig. Von Privatdozent Dr. R. Sintenstein. 3) Optiana aus dem Nachlaß Christopherus Colerus. Von Oberlehrer H. Palm. 4) Politische Beiträge und Ansichten von Schlesiern über Verfassungsfragen. Von Direktor C. E. Schüld. 5) Lebensversicherungs-Genossenschaften. Von F. Kr. 6) Atemmäßiges über den Abbruch der breslauer Festungsmauer. (Fortsetzung.) Von A. B. L. 7) Ergänzung zu dem Bericht über oberösterreichische Spezialgeographie und eine Verichtigung. Von Oberlehrer Dr. Franz Idzikowski. 8) Der Erzähler. Bilder und Sätze aus Bergmanns und Gegenwart. Schlesische Volkstrachten. (Zum Titelfuß.) — Ein lebendes Bild aus dem Augustmonat von 50 Jahren (Bericht von der Velde's an Dankelmann). — Aufgefunden Ueberreste einer breslauer Oberbrücke aus Bodiebrad's Zeit, von P.-L. Palm. — Wie man badete. Aus Herzog Georg's II. von Brieg Briefwechsel, mitgetheilt von Professor Dr. Wattensbach. — Aus der Stadt Breslau Schulordnung, mitgetheilt von L. Langer in Hamburg. — Die Fähnungsreden. — Ein Wunder aus dem

16. Jahrhundert. — Was war's fer Auge. Von H. Bleban. 10) Stimme aus und für Schlesien. Die Eisenbahnen und die Genossenschaft. — Hinweis für Forscher und Sammler. — Zur Wetterkunde. — Das kreuzburger Land-Armenhaus. — Sanct. 10) Literaturblatt. 11) Zur Chronik und Statistik.

* [Nichtbestätigung.] Aus Görlitz meldet der dortige „Anzeiger“: „Soeben erfahren wir, daß die Bestätigung des Herrn August Krause zum unbefoldeten Stadtrath für Görlitz von der königlichen Regierung versagt worden ist. Es ist dies seit kurzem die zweite Bestätigungs-Verweigerung für Stadtraths-Wahlen in unserer Stadt.“

▽ [Wohlfahrt.] Heute Morgen war der Stadtgraben, dessen stagnirendes Wasser durch den Regen der letzten Tage ganz aufgewühlt worden, in der Gegend der ehemaligen Pennigbrücke mit Fischcadavern überfüllt. Im Laufe des Vormittags gelang es, eine Anzahl noch lebender Spiegelfarpanten zu fangen und es wurden bereits Anstalten getroffen, die toden Thiere zu entfernen, indem es mit Hilfe zweier Kähne die Fische gesammelt und fortgeschafft wurden.

= [Verschiedenes.] Die städtische höhere Töchterschule in der Alten-Tschenstraße geht ihrer Vollendung entgegen und ist der Außenbau bereits beendet. In der Mitte des statlichen Gebäudes, welche etwas gegen die Seitenflügel zurücktritt, ist am Haupteingange auf der steinerne Treppe ein Säulenportal angebracht worden, welches die Inschrift trägt: „Städtische höhere Töchterschule“. Die inneren Räume sind hoch und geräumig angelegt.

Die Beleuchtung in den Vorstädten ist zum Theil noch immer ungenügend, und obwohl in dem nächsten Jahre die neue Gasanstalt in Wirklichkeit tritt, so wird doch, mit Rücksicht auf die langen Winterabende, eine Vermehrung der Delleratern jetzt noch stattfinden. Die Grünstraße und ein Theil der Odervorstadt sollen zuerst damit bedacht werden. — Die in letzter Zeit sehr benutzte Straße nach Osswitz war besonders durch das schwere Fuhrwerk so schadhaft gemacht, daß eine Ausbeferung erfolgen mußte. Ebenso ist die Gröbelbrücke nicht nur fast neu belegt, sondern auch an ihren beiden Enden mit Gegenplaster versehen worden; so wie auch die Löcher an der Accise und an der Ueberfahrt über den Damm hinter der Gröbelbrücke durch Eisenplatte ausgefüllt worden sind. — Der durch den schneijger Park führende Weg hat eine gleiche Ausbeferung dringend nothwendig.

▽ [Unfall.] Heute Vormittag wurde das Pferd eines von Scheitnig kommenden Bauernwagens in der Nähe der Sandthor-Steuerexpedition durch das Vorbeilaufen eines Hundes schu und rannte in wildem Galopp die Scheitnigerstraße hinauf. Der Kutscher, der es zu bändigen versuchte, fiel aber unglücklicherweise von seinem Sitz herab in die Gabel der Deichsel, wo er hängen blieb. Niemand wagte dem starken wilden Thiere in die Bügel zu fallen und es war für die Zuschauer ein erschütternder Anblick, den Führer des Wagens in einer Lage zu sehen, deren Verlassen ihm unbedenklich den Tod gebracht haben würde. Außerdem konnte ein fürchterliches Unglück dadurch entstehen, daß das Pferd direkt an dem Wagen und dem Zuge eines von Wilhelmshof kommenden Begräbnisses dahinstieg. Erst an der Hirschgasse wurde auf Anordnung von Sicherheitsbeamten von den dort beschäftigten Arbeitern eilig ein Holzobst vorgetragen, der das Thier zum Stehen und seinen Führer aus seiner lebensgefährlichen Situation brachte, die er sonst unbeschädigt, nur mit von den Jürgen aufgerissenen Händen verließ.

[Ein Betrüger.] Der Haushalter eines hiesigen Mehlgeschäfts wurde von seinem Herrn mit Mehl und quittirter Rechnung zu einem hiesigen Bäder geschickt, verschwand aber mit dem eingezogenen Gelde und dem Handwagen. Nachdem der saubere Patron diesen Tropf ausgeführt, ging er zu verschiedenen Kunden des Prinzipals und erhob Gelder und Mehlsäcke, unter dem Vorzeichen, daß ihn der Herr dazu beauftragt habe. Nach einem Zeitraume von 6 Wochen ist es noch nicht gelungen, den Gauner zu erwischen. △ [Grech.] Gestern Nachmittag versammelten sich, wie es oft der Fall zu sein pflegt, in einem Schanklokal auf der Ohlauerstraße mehrere, dem niedrigsten Arbeitende angehörige Personen und gerieten mit einander in Streit. Die natürliche Folge davon war eine großartige Schlägerei, wobei sich die Excedenten der Weiber als Waffe bedienten und einander derartig verletzten, daß das Blut aus vielen Wunden sick und den Hausschlaf, so wie später auch die Straße neigte. Es sammelten sich in Folge des Standards bei der Belebtheit der Straße hunderte von Menschen vor der Thür des betreffenden Hauses an, so daß fast der Wagenverkehr gehemmt war und Droschen und Omnibus kaum durch die Menschenmassen sich Bahn zu brechen vermochten. Erst dem Einschreiten mehrerer Sicherheitsbeamten gelang es, den Grech bezulegen und die Kämpfenden zu trennen, worauf die Verhaftung der beiden Rädelsführer, der früheren Padträger Th. und G., erfolgte. Einer ihrer sauberen Kameraden wollte deren Arrestierung nicht zulassen, worauf auch er mit jenen beiden nach dem Polizeigefängniß wandern mußte. Gegen Abend wiederholte sich der Grech, und der Streit der Betreffenden ging wiederum in Thätläufigkeiten über, ja die Excedenten vergaßen sich sogar so weit, in ein benachbartes Cigarrendöppel einzudringen und dort Drogungen auszustoßen, so daß der Inhaber sich gezwungen sah, polizeiliche Hilfe zu requirieren. Es wurden dann abermals mehrere Verhaftungen vorgenommen.

* [Gerichtliches.] Vor einiger Zeit amüsirte sich der Schuhmacher Otto Freihube im Tanzlokal zum Birnbaum, als ein Mann mit blauem Kopfe hereintrat und sagte, er sei von Leuten gemitscht worden, die geäußert hätten: „Die Reiter sollen leben.“ Darauf soll nun Freihube erwidert haben: „Das sind ja ordentliche Räuber und Mörder, besonders die Polkaden, die wollen die Deutschen vernichten.“ Freihube, der nun wegen Schmähung des Militärs angeklagt war, bestritt, daß er diese Äußerung in dem angenommenen Sinne gehabt; er wurde jedoch durch Zeugnis des Polizei-Sergeanten Kauß und des Heringshändlers Glatz belastet. Der Gerichtshof erkannte zwar nicht wegen Schmähung, weil die Äußerung nicht im Allgemeinen geschehen war, jedoch wegen Beleidigung der rep. Soldaten eine Geldstrafe von 10 Thlr. ev. 4 Tage Gefängnis.

[Besitzveränderungen.] Erbholtz zu Ndr.-Bödendorf, Kr. Schweidnitz, Verkäufer: Scholteiheimer Hölzer, Käufer: ehem. Gutsbesitzer Thiel in Hermannsdorf. Rittergut Hönnigsdorf, Kr. Grottau, Verkäufer: Graf v. Rothkirch, Käufer: Major a. D. Zimmer in Breslau. Freigut Annabos zu Stuben, Kr. Wohlau, Verkäufer: Kaufm. Berliner zu Breslau, Käufer: früherer Guts-pächter Hobel in Liegnitz, Kr. Liegnitz, Kr. Wohlau, Verkäufer: Bormerlos. Deichsel zu Dörricht, Käufer: Freigutsbesitzer Kauß zu Giesmannsdorf. Rittergut Wolfsbach und Martinswaldau, Kr. Buna, Verkäufer: Major a. D. v. Berken, Käufer: Baron v. Wisleben. Rittergut Jamka und Sorge, Kr. Falkenberg, Verkäufer: Baron v. Wisleben, Käufer: Major a. D. v. Berken. Dieselben, Verkäufer: Major a. D. v. Berken, Käufer: Rittergutsbes. Grodzky. Rittergut Haltauf, Kr. Trebnitz, Verkäufer: Rittergutsbesitzer Raphael, Käufer: Hausbesitzer Kade in Breslau. (Schle. Ldw. Btg.)

† [Glogau, 2. Sept. [Zur Tageschronik.]] Das bisher hier garnisonirende 1. Bat. 59. Inf.-Regiments ist nach Politz und Beuthen a. O. verlegt worden; jede der genannten Städte hat zwei Compagnien erhalten. Diese Maßregel ist nothwendig, weil es hier an Quartieren gefehlt haben würde. Die hier befindlichen 2. Bataillone 58. Inf.-Regts. haben die Reserve nicht entlassen, und außerdem seit gestern die Rekruten erhalten, ebenso wie hier die Rekruten des Fuß-Jäger-Regts. Nr. 38, welches sich an der polnischen Grenze befindet, ausgebildet. — Mit dem 1. Okt. d. J. tritt das neue Sparkassenstatut in Kraft. Nach diesem wird die Sparkasse fünfzig täglich geöffnet sein; Einzahlungen in ein Sparbuch werden bis 200 Thlr. angenommen, und das Guthaben eines Buches durch Zinsen und Zinsseszissen kann bis zu 300 Thlr. anwachsen. Die bisherige Kündigungsfrist von 4 Wochen ist aufgehoben, dafür ist festgesetzt, daß Summen bis 10 Thaler von 8 zu 8 Tagen ohne Kündigung abgezogen werden können; dagegen Summen bis 20 Thaler einer 14-tägigen, bis 50 Thaler einer 4-wöchentlichen, und über 50 Thaler einer 2-monatlichen Kündigung bedürfen. — Am 24. Mts. wurde ein verdienstvoller Arzt des hiesigen Kreises beerdigt. Dr. Siber, geb. den 20. Januar 1794 zu Prizwalk, hat durch 41 Jahre seine ärztliche Praxis im hiesigen Kreise ausgeübt, und zwar 30 Jahre in Politz und 11 Jahre in Raudnitz. In diesem Berufe hat er sich als ausgezeichneter Arzt bewährt, und ist in vielen Familien ein Helfer in Roth und Leiden gewesen. — Am 27. d. Mts. brach in dem gollschwizer Wald, dicht am Wege von Bautzen nach Mußnig, Feuer aus, wodurch 3 Morgen Waldungen zerstört wurden. — Am Sonnabend Abends ist in dem der Commune gehörigen Dorfe Jätschau drei Bauer-gutsbesitzungen und eine Gärtnerei abgebrannt. Kleine Kinder hatten im Holzstückchen mit Streichholzchen geplättet, bei welcher Gelegenheit das Feuer entstand. — Unser Sommertheater, unter Leitung des Direktors Meinhardt ist nun gleichfalls geschlossen, der genannte Direktor geht mit einer Operngesellschaft, welche recht gute Kräfte enthalten soll, nach Brieg, Ratibor, Gleiwitz und Beuthen, um dann zu Weihnachten nach hier zurückzukehren. — Gestern Mittag hatten wir in der Stadt ein unbedeutendes Gewitter mit etwas Schlossenschlag. Aber nur 1/2 Stunde von der Stadt — in der Vorstadt — hat daselbst arg gewütet, die Schlossen fielen in der Größe von einer Haselnuss, wobei ein furchtbarer Ortan wütete. In der Gasanstalt sind über 120 Fensterscheiben zertrümmt, einige massive Säulen am Baune der Bairischbierbrauerei umgerissen, Bäume ent-

wurzelt worden. Im Dorte Nilbau hat es eingeschlagen, und zwei Stellen sind abgebrannt.

□ [Gleiwitz, 2. September. [Gewitter. — Communales.] Das gestern Abend um 8 Uhr von Nord-Westen über unsere Stadt hereingezogene Gewitter ist ziemlich heftig gewesen. Ein Blitz hat zwar in unserem Orte eingeschlagen, zum Glück jedoch nur ein Gerüst vor dem kleinen Hause gestreift. In dem ganz nahen Dorte Klein-Gliguth dagegen, welches erst kürzlich — wie seiner Zeit berichtet — von einer größeren Feuersbrunst betroffen worden, hat der Blitz gezündet. Drei Häuser und eine Stallung sind ein Raub der Flammen geworden. Leider sind auch Menschenleben zu beklagen, eine Frau und zwei Kinder wurden vom Blitz derart getroffen, daß sie, wie wir vernehmen, alsbald den Geist aushauchten. — Unser Stadtverordneten-Versammlung hat in der Sitzung am 27. August beschlossen, für diesesmal von der Abfindung eines Deputirten zum zweiten schlesischen Städte-tage in Brieg abzuheben. In der dierelten Sitzung wurde auch die Erhöhung der Etats-Position für Straßenpflasterung beschlossen. — Der Herr Apotheker Theusner eröffnet am 1. Oktober eine Fabrik zur Bereitung sämlicher künstlichen Mineralwässer.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Die Erhöhung der Transportkosten für Vieh auf der Oberschlesischen und der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.] Seit dem 10. Mai d. J. ist der Preis, der für eine Wagenladung Vieh auf jenen beiden Bahnen bezahlt werden muß, um fünfzig Prozent erhöht worden — von Breslau nach Berlin zum Beispiel von 24 auf 36 Thlr. Bei der großen Wichtigkeit der Sache für die schlesischen Landwirthe — sie bedroht den Viehabsatz der Provinz, der fast ausschließlich in Wagenladungen stattfindet, auf das allerempfindlichste — hat der neumarkter landwirtschaftliche Verein in seiner Sitzung am 2. September bei einstimmig den Beschuß gefasst, ungesäumt beim Herrn Handelsminister auf Rücknahme dieser Frachterhöhung zu petitionieren. Gleichzeitig bin ich beauftragt, diesen Beschuß mit der freundlichen Bitte an die landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens zu veröffentlichen, dem Gegenstande ebenfalls ihre Aufmerksamkeit zu wenden und durch gleichartige oder ähnliche Schritte unsere Bemühungen gütig fördern zu wollen. Der Vorstand des neumarkter landwirtschaftlichen Vereins. Clemens Graf Pinto.

† [Breslau, 3. Sept. [Börse.]] Die Stimmung war matt, das Geschäft gering und Course weidend. Gestern Crediten 86 bezahlt, National-Anleihe 74%, 1860er Loose 90%, Banknoten 89% — 89%. Eisenbahntickets und Fonds ohne Umsatz. Russ. Baluta zu abermals höherem Course begeht. Breslau, 3. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börse-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pf.) niedriger, Schlaf fester; get. 2000 Cr.; pr. September und September-Oktober 36—36½ Thlr. bezahlt und Br., Oktober-November 37—37½ Thlr. bezahlt und Gld., November-Dezember 38 Thlr. Br., 37½ Thlr. Br., Dezember-Januar 38½ Thlr. Gld. und Br., April-Mai 40—40½—40 Thlr. Gld., Mai 41 Thlr. bezahlt, Juni 42 bezahlt. Hafer get. — — Wsp.; pr. September 22 Thlr. Br., September-Oktober 22 Thlr. Br., Oktober-November — April-Mai 1864 23 Thlr. Gld. Rübbel fest; get. — Cr.; loco 12½ Thlr. Br., pr. September und September-Oktober 12½ Thlr. Br., 12½ Thlr. Gld., Oktober-November 12½ Thlr. Br., November-Dezember 12½ Thlr. Br., 12½ Thlr. Gld., April-Mai 1864 12½ Thlr. Br., 12½ Thlr. Gld. — Gel. 50 Wispel Raps. Spiritus matter; get. 42,000 Quart; loco 15½ Thlr. Gld., 15½ Thlr. Br., pr. September und September-Oktober 15½—15¾ Thlr. bezahlt, Oktober-November 15½ Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember 15½ Thlr. Br., Dezember-Januar — April-Mai 16—15½ Thlr. bezahlt und Br. Zink ohne Umsatz. Die Börsen-Commission.

Telegraphische Depeschen.

